



## Einladung zum Fachgespräch

# Wie sicher darf es sein? – Wenn Verhütung zur Frage des Geldbeutels wird!

11. September 2019, Berlin

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir diskutieren, wie wir den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln insbesondere für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen besser sicherstellen können.

Menschen mit einem geringen Einkommen können sich Verhütung oft nicht leisten. Das gilt ganz besonders seit der Einführung von Hartz IV: Seither müssen auch ärztlich verordnete Verhütungsmittel über den Regelsatz monatlich mitfinanziert werden. Nur vereinzelt haben Kommunen eine Kompensationslösung mit speziellen Fonds eingerichtet, um den Bedarfen entsprechend nachzukommen – allerdings nur bis diese Fonds erschöpft sind. Es hängt aktuell vom Wohnort ab, ob Menschen diese freiwilligen Leistungen erhalten. Eine bundesweite einheitliche Lösung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln – und damit ein Rechtsanspruch – besteht derzeit nicht.

Die jüngsten Gesetzesinitiativen der Bundestagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke scheiterten in diesem Jahr. Auch die im Rahmen der Diskussion um § 219a StGB getroffene Neuregelung des § 24a SGB V, wonach Frauen nun bis zur Vollendung des 22. Lebensjahres (bislang 20. Lebensjahr) die Möglichkeit haben, die Kosten ärztlich verordneter Empfängnisverhütung erstattet zu bekommen, ist willkürlich festgesetzt und keinesfalls mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie verkennt die realen Bedarfe von Frauen und Männern.

Das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit beinhaltet die Entscheidungsfreiheit über die Familienplanung und eine selbstbestimmte Sexualität – und zwar für alle Lebensphasen von der Jugend bis zum Alter. Die derzeitige Gesetzeslage widerspricht damit internationalen Vereinbarungen, die sexuelle und reproduktive Gesundheit auch über die Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Finanzierbarkeit von Verhütungsmitteln definieren und zwar „insbesondere für diejenigen, die in Armut und/oder in abgelegenen Gebieten leben“ (Empfehlung CEDAW-Ausschuss 2017). Der Paritätische Gesamtverband fordert daher grundsätzlich kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen. Der pro familia Bundesverband fordert aktuell in seiner Offenbacher Erklärung darüber hinaus einen Zugang für alle Menschen über die Krankenkassen sicherzustellen. Die Entscheidung für ein individuell passendes Verhütungsmittel darf nicht länger eine Frage des Geldbeutels sein.

Studien zeigen, dass Menschen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn das Geld knapp ist. Bei der Entscheidung für eine Verhütungsmethode sollten jedoch nicht allein die Kosten, sondern Verträglichkeit und Sicherheit die entscheidenden Kriterien bei der Auswahl sein. Neben der Übernahme der Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel sollten daher auch Kosten für alle anderen Verhütungsmethoden, wie bspw. das Kondom oder auch die „Pille Danach“, übernommen werden. Verhütung ist längst nicht mehr ausschließlich Frauensache – Verhütung geht alle Geschlechter an und betrifft neben der Verhinderung einer Schwangerschaft vor allem auch Bereiche des Gesundheitsschutzes.

**Wann:** **Mittwoch, 11. September 2019, 11 Uhr – 16 Uhr**

**Wo:** **Centre Monbijou, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin**

**Anmeldung:** **Die Teilnehmer\*innenzahl ist begrenzt.**  
Um Anmeldung per Rückmeldebogen wird bis zum **31. August 2019** gebeten.

**Kontakt:** **faf@paritaet.org**

**Veranstalter:** **Der Paritätische Gesamtverband, Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin**



## Programm

- 11 Uhr **Ankommen und Begrüßung**
- **Dörte Frank-Boegner**, Vorsitzende des pro familia Bundesverbands
- 11:15 Uhr **Einführungen**
- Erkenntnisse der Studie frauen leben 3 – wer braucht was?**
- **Prof. Cornelia Helfferich**, Evangelische Hochschule Freiburg  
Leitung Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut zu Geschlechterfragen – SoFFI F.
- Projekt biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung  
Die Ergebnisse des Modellprojektes im Überblick**
- **Dr. Alexandra Ommert / Kristina Nottbohm**, biko Projektleitung
- Was bedeutet es für Frauen, wenn sie nicht verhüten können?**
- **Anne Potthoff**, Leiterin der pro familia Beratungsstelle Lübeck
- Diskussion und Fragerunde
- 13:00 Uhr Pause und Imbiss
- 13:30 Uhr **Politische Standpunkte**
- Kostenübernahme – für wen und wieso?**  
**Kurzinput der biko Projektleitung: Empfehlungen für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Regelung der Kostenübernahme**
- **Maria Klein-Schmeink** MdB, Bündnis90/Die Grünen
  - **Cornelia Möhring** MdB, Die Linke
  - **Josephine Ortleb** MdB, SPD
  - **Dr. Wieland Schinnenburg** MdB, FDP
- 15:00 Uhr **Moderierte Diskussion im Plenum**
- Was müssen Krankenkassen mit Blick auf Verhütungsmittel leisten?**
- 16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

### Projekt biko - Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung

Mit dem Modellprojekt biko erprobte pro familia an sieben Standorten (Erfurt, Halle an der Saale, Lübeck, Ludwigsfelde, Recklinghausen, Saarbrücken und Wilhelmshaven) eine gute Praxis der Kostenübernahme von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln. biko ermöglichte Frauen mit wenig Geld einen Zugang hierzu und half, ungeplante Schwangerschaften zu vermeiden. Das biko-Angebot endete im Juni 2019.

Dabei wurde erstmals die Kostenübernahme durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit für potenziell anspruchsberechtigte Frauen und wichtige Multiplikatoren begleitet, um den Bedarf exemplarisch an den 7 Standorten zu ermitteln. Zudem wurden Empfehlungen für die Umsetzung einer bundesgesetzlichen Lösung erarbeitet.

Das Modellprojekt biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung – wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Wir weisen darauf hin, dass Ihre Daten unter Beachtung der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen verarbeitet werden – Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe b) und f) Datenschutz-Grundverordnung.

Wir weisen darauf hin, dass zu Zwecken der Dokumentation und Information Film- und Fotoaufnahmen gemacht und veröffentlicht werden. Sollten Sie nicht abgebildet werden wollen, geben Sie bitte den Kameralenten und Fotograf\*innen einen Hinweis.